

NIE WIEDER WELTMEISTER?! ALTERNATIVEN ZUR EXPORTORIENTIERTEN HANDELSPOLITIK

- WORKSHOP-BERICHTE -

WORKSHOPS AM SAMSTAG

1. Pharmapatente und aktuelle Freihandelsabkommen: Der Kampf gegen die Gesundheit geht weiter

- Oliver Moldenhauer (Ärzte ohne Grenzen)

Oliver Moldenhauer von „Ärzte ohne Grenzen“ gab einen Einblick in die von der EU forcierten Probleme der Medikamentenversorgung in DC's und LDC's.

Besonders im Bereich der HIV- und Aids-Behandlung kommt der Medizin-Produktion in Indien eine Schlüsselrolle zu. Ein Abkommen mit der EU, das gerade verhandelt wird, könnte diese aber zunichte machen. Durch Regelungen zur Datenexklusivität von Wirksamkeitsstudien und Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums würde die Generika Herstellung eingeschränkt. Eine Kostensteigerung in der Gesundheitsversorgung, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, wäre die Folge. Dabei geht das Argument, solche Klauseln seien zum Schutz des europäischen Marktes und Verbrauchers, fehl: die betroffenen Medikamente sind ohnehin nicht für den Vertrieb innerhalb der EU-Grenzen zugelassen.

Aktuell ist noch keine Einigung in den Verhandlungen erzielt. Eine Stärkung der indischen Verhandlungsposition ist dringend erforderlich, um die Erreichung des Millennium Goals „Bekämpfung von HIV und Aids“ nicht in unerreichbare Ferne rücken zu lassen.

Weiterführende Information:

<http://www.doctorswithoutborders.org/publications/article.cfm?id=4839&cat=briefing-documents>

2. Lithium und Co: Rücksichtlose Ausbeutung für Ökoprodukte?

- Friedel Hütz-Adams (SÜDWIND)
- Jost Wübbeke (FU Berlin, Forschungszentrum für Umweltpolitik)

Friedel Hütz-Adams machte in seinem Vortrag auf den steigenden Rohstoffbedarf der deutschen Industrie für Zukunftstechnologien, wie beispielsweise Handys und Autos, aufmerksam. Vor allem aber auch für die Produktion „grüner“ Technologien benötigt man eine immens große Menge an metallischen Rohstoffen, die größtenteils aus Entwicklungs- und Schwellenländern importiert werden. Problematisch ist daran, dass die Extraktion der sogenannten „schmutzigen“ Rohstoffe in den Entwicklungsländern erfolgt, während die Verarbeitung in Industrieländern stattfindet. Um eine nachhaltige Entwicklung der rohstoffreichen Südländer zu fördern, müssen Produktionsketten transparenter gestaltet werden, Umwelt- und Sozialstandards integriert werden und die Diversifizierung der Wirtschaft vorangetrieben werden.

Jost Wübbeke referierte in einem zweiten Teil des Workshops über die fast ausschließlich in China geförderten Seltenen Erden. Da die Rohstoffproduktion die Reserven in der Volksrepublik bei Weitem übersteigen, und ferner die Nachfrage weiterhin ansteigt, entsteht eine relative Ressourcenknappheit. Doch gegen die von China verhängte Exportquote, um der Rohstoffausbeutung entgegen zu steuern, erwägen die USA und die EU nun Klage bei der WTO

einzureichen. Neben dieser quantitativen Maßnahme zum Schutz der Rohstoffe begrüßte Jost Wübbecke die seit 2009 strengeren Umweltauflagen Chinas.

Nützliche Links:

- Oekom research AG - Studien über nachhaltige Investments: <http://www.oekom-research.com/index.php?content=home>
- Wupperthal Institut – Studien zur zunehmenden Ressourcenverknappung: <http://www.wupperinst.org/>
- Zeitungsartikel der Süddeutschen Zeitung „Seltene Erden heiß umkämpft“: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hochspezielle-rohstoffe-seltene-erden-heiss-umkaempft-1.1015566>
- Zeitungsartikel der Zeit „Goldtausch im Deponiepark“: <http://www.zeit.de/2010/42/U-Muellsortierung>
- Studie von SÜDWIND zum Schmuckhandel „Schmuck – Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung. Vom Rohstoff bis zur Ladentheke“: http://www.suedwind-institut.de/k3serv_01downloads_10_schmuckhandel.htm

3. Schweine im Weltmarkt! Agrarpolitik - Megaställe, Sojaimporte und Preisdumping oder Reform?

- Reinhild Benning (BUND)
- Francisco Mari (EED)

Zu Beginn des gut besuchten Workshops erläuterte Reinhild Benning die Probleme, die sich aus der zunehmenden Intensivierung der Landwirtschaft ergeben. Immer größere Anlagen zur Geflügel- und Schweinefleischproduktion führen bereits jetzt zu einer achtprozentigen Überproduktion innerhalb der EU. Neue Investitionen in diesem Bereich werden eine weitere Verdrängung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und steigenden Exportzahlen nach sich ziehen. Im Jahr 2008 exportierte die Bundesrepublik soviel Schweinefleisch wie nie zuvor, jedoch gab es gleichzeitig aber auch einen neuen Rekord bei der Zahl der Betriebsaufgaben (-17%). Faire Marktregeln, die Kennzeichnung von genetisch veränderten Nahrungsmitteln sowie eine Anpassung von Umweltstandards zur Realisierung des Konzepts der multifunktionalen Landwirtschaft sind bei der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik im Jahr 2013 unabdingbar. In der anschließenden kurzen Diskussion wurden auch die Folgen einer Agrarpolitik der Wettbewerbsfähigkeit und Intensivierung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diskutiert.

Im Anschluss stellte Francisco Mari die Folgen von Schweine- und Geflügelfleischexporten für Entwicklungsländer dar. Besonders billige Geflügelteile stehen hier im Fokus der Kritik die lokale Fleischproduktion und deren Märkte zu zerstören, da diese Fleischsorte im Konsum durch Religionen und Kulturen kaum beschränkt sind. Die Problematik europäischer Fleischexporte in Entwicklungsländer wurde konkret an dem Beispiel der Elfenbeinküste verdeutlicht. Europäische Schweinefleischexporte stiegen von 1550 t (1995) auf 34205 t (2006), während die Produktion innerhalb der Elfenbeinküste von 18000 t (1995) auf 11900 t (2006) sank.

Jacob Kotcho, Vertreter einer kamerunschen Nichtregierungsorganisation schilderte wie Nahrungsmittelimporte noch immer die Kleinproduktion vor Ort zerstören und Produzentinnen und Produzenten in Abhängigkeiten und Armut treibt. Durch die geringe Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten im Süden werden billige EU-Importe auf den Märkten bevorzugt. Bisher konnte auch die kamerunsche Regierung diesem Problem nicht adäquat begegnen. In der abschließenden Diskussion wurden besonders die Relevanz der Reform der Europäischen Agrarpolitik sowie die Verantwortung von Konsumentinnen und Konsumenten unterstrichen.

Kooperationsbroschüre des EED und ACDIC zum Thema Hühnerfleischexporte:
http://www.eed.de//fix/files/doc/100909_eed_keine-chicken-schicken_deu.pdf

4. Der Ausverkauf des Klimaschutzes - Emissionsreduktionen als Handelsware

- Manuel Graf (BUND)
- Nicola Jaeger (WEED)
- Ajita Tiwari (Laya, Indien)

Durch das Kyoto-Protokoll wurde Reduktionsziele von Treibhausgasen in den Industrieländern festgelegt. Im Rahmen des ‚Clean Development Mechanism (CDM)‘ können Unternehmen diese Emissionsreduktionen auch über Zertifikate aus Projekten in Entwicklungsländern erkaufen. Das Ziel lautet, Emissionen effizient und kostengünstig zu reduzieren und durch die CDM-Projekte zur nachhaltigen Entwicklung in den Gastländern beizutragen. Jedoch zeigten die drei ReferentInnen auf, dass der CDM falsche Anreize setzt und weder das eine noch das andere Ziel erreicht.

Die Förderung von Wasserkraftwerken in Entwicklungs- und Schwellenländer durch Unternehmen des Nordens deckt einen logischen Fehler in der Berechnung der Zusätzlichkeit von CDM-Projekten auf. Beispielsweise waren schon über 90 Prozent dieser Kraftwerke in Betrieb oder befanden sich bereits im Bau. Mit anderen Worten, Unternehmen bekommen Klimazertifikate durch die Bezuschussung von ohnehin vorhandenen Projekten und sparen dafür die Emissionsreduktion im Heimatland. Der Handel mit Emissionen führt also zu einer deutlich geringeren Reduktion der Treibhausgase, als durch eine Reduktion im eigenen Land erreicht werden würde.

Betrachtet man den Fall des Treibhausgases HFC-23, entpuppt sich der Emissionshandel als vollkommen absurd. Für die Zerstörung von einer Tonne HFC-23 erhält ein Unternehmen ca. 11.000 Klimazertifikate, mit denen es dann handeln kann. Da dies extrem lukrativ ist, haben sich einige Firmen darauf spezialisiert, nicht mehr im Wesentlichen das Hauptprodukt, das Kühlmittel HFC-22 zu produzieren, sondern die gesamte Produktion auf das „Abfallprodukt“ HFC-23 ausgerichtet.

Mittlerweile ist der Emissionshandel ein umfassender Markt. 80 Prozent der Gelder bleiben dabei im Norden für Berater, Prüfstellen, etc.; der Rest kommt großen Unternehmen in Schwellenländern zugute. „Wer zählt hier die Diamanten und wer frisst den Staub?“ fragt ein Einspieler, präsentiert von der indischen Aktivistin Ajita Tiwari von der Organisation Laya. Die Graswurzelorganisation dokumentiert Täuschungen, falsche Versprechen und Vertreibungen der lokalen Bevölkerung im Rahmen von CDM-Projekten in Indien. Die Ernährungssicherheit stehe auf dem Spiel, weil die Menschen durch die Großprojekte enteignet und entweder schlecht bezahlt oder gar nicht eingestellt würden. Nachhaltige Entwicklung sieht anders aus.

Vor diesem Hintergrund fordern die Referenten und Teilnehmer den Stopp des CDM und verlangen die verpflichtende Reduktion der Emissionen im eigenen Land. Nachhaltige Entwicklung, Technologietransfer etc. müssen über andere Wege erreicht werden. Wenn schon keine Emissionsreduktion erreicht wird, sollen wenigstens nicht weiterhin Unternehmen wie RWE oder die Deutsche Bank auf Kosten der lokalen Bevölkerung vom Emissionshandel profitieren. Denn die CDM-Projekte leiden genauso unter mangelnder Zusätzlichkeit und dem geringen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. RWE versucht derzeit das Kunststück mit einem hocheffizienten neuen Kohlekraftwerk in China Zertifikate zu erlangen, um Kohlekraftwerke in Deutschland weiterbetreiben zu können. Kurz gesagt: CDM: Kohle + Kohle = Klimaschutz?

Wir brauchen einen Strukturwandel hin zu einer co2-armen Wirtschafts- und Lebensweise jetzt und überall auf der Welt. Da ist der CDM keine Lösung.

- BULLOCK, S./CHILDS, M./PICKEN, T. (2009): A Dangerous Distraction. Why offsetting is failing the climate and people: the evidence. Friends of the Earth. London.
Abrufbar unter: http://www.foe.co.uk/resource/briefing_notes/dangerous_distraction.pdf
 - LOHMAN, L/HÄLLSTRÖM, N./NORDBERG, O. et al. (2006): Carbon Trading – A Critical Conversation on Climate Change, Privatisation and Power. Development Dialogue No. 48. Dag Hammarskjöld Foundation. Uppsala.
Abrufbar unter: <http://www.thecornerhouse.org.uk/pdf/document/carbonDDlow.pdf>
-

5. Basisworkshop: Einstieg in Welthandelsregeln am Beispiel Afrika

- Tobias Reichert (Germanwatch)
- Boniface Mabanza (KASA)
- Samba Sarr Diop (Uni Bremen)
- Michael Frein (EED)

Der Workshop hatte das Ziel, den Aufbau des Welthandels unter die Lupe zu nehmen und zu klären, welchen Prinzipien er unterworfen ist. Daraus sollten die sich ergebenden Probleme abgeleitet werden und Alternativen aufgeführt werden, die zu einer gerechteren Handelspolitik führen können. Der EED- Fachreferent Michael Frein gab eine Einführung in Prinzipien und zentrale Elemente der Welthandelsordnung. Er stellte die verschiedenen Handelsabkommen im Rahmen der WTO vor: für Güter mit einem Unterabkommen zu Agrargütern, Dienstleistungen und Investitionen. Dabei erläuterte er exemplarisch mögliche Regulierungsmechanismen für den Handel. Im Rahmen der WTO-Verhandlungen geht es vordringlich um den Abbau von Handelsschranken und die Liberalisierung des Handels. Die WTO-Regeln werden geleitet von Prinzipien wie z.B. Inländerbehandlung (Ausländische Unternehmen müssen gleich behandelt werden mit inländischen Unternehmen), der Nichtdiskriminierung (ein gleichartiges Produkt darf nicht anders behandelt werden) und Meistbegünstigungsklausel (Wenn ein Land einem anderen bevorzugten Marktzugang gewährt, muss er diesen auch anderen Ländern gewähren.).

Welche Probleme sich aus den bestehenden Handelsprinzipien ergeben, erläuterte Tobias Reichert, Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch, am Beispiel der Agrarabkommen. Ein Problem sei beispielsweise die wirtschaftliche Gleichbehandlung aller Länder, deren Volkswirtschaften sich jedoch in ganz unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Die Wirtschaft im eigenen Land zu stärken, ist für Entwicklungsländer deutlich schwerer als für Industriestaaten, da sie oftmals keine ausreichenden finanziellen Mittel oder den nötigen Verwaltungsapparat besitzen, um beispielsweise Subventionen für einheimische Produzenten bereit zu stellen. Die Regeln der WTO sind zwar für alle Länder gleich, sind jedoch nach den Interessen der Industrienationen ausgerichtet und demnach für sie deutlich besser anwendbar.

Warum kann sich Senegal nicht auf dem Weltmarkt behaupten? Diese Frage versuchte Samba Sarr Diop von der Universität Bremen zu beantworten. Ein Problem sei, dass im Senegal nicht genug für den Export produziert werde. Wenn der Markt für bestimmte Produkte geöffnet wird, verlieren Bauern oft ihre Existenzgrundlage und geben auf. Dies wiederum führt zu einem Verlust von Know-how, und es müssen langfristig immer mehr Produkte importiert werden. Die Regierung hat keine klare Strategie zur Armutsbekämpfung, sie versucht zwar, den einheimischen Markt durch Subventionen zu schützen, diese kommt aber meist nur den Eliten, nicht aber der breiten Bevölkerung zu gute. Einen Ansatz zur Verbesserung sieht Samba Sarr Diop in einer Regulierung der Produktion auf Grundnahrungsmittel für den einheimischen Markt und der Schaffung von mehr Zugang zu politischer Bildung in der Bevölkerung.

In der anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass Abschottung der Märkte auch kein Weg für mehr Entwicklung darstellt. Vielmehr müsse es darum gehen, die Kunst guter Handels- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln. D.h. die heimische Produktion soweit zu schützen, dass sie sich entwickeln kann, sie aber gleichzeitig soweit dem internationalen Wettbewerb auszusetzen, dass die Unternehmen innovativ sein müssen. Dabei geht es auch um sinnvolle Arbeitsteilung. Die Entwicklung regionaler Wirtschaftsbeziehungen ist dabei wichtig. Schließlich wurde eingefordert, dass die Verwirklichung von Menschenrechten, insbesondere des Rechts auf Nahrung, ein legitimes Argument sein sollte für Ausnahmen vom WTO-Regelwerk.

6. Regional oder Global: Wohin steuert eine zukunftsfähige Handelspolitik?

- Andreas Lathan (BUND)
- Thomas Speck (GEPA)

Der Workshop sollte nachhaltige Handelsperspektiven für Entwicklungs- und Industrieländer aufzeigen und klären, inwiefern weltweiter Handel ein Weg aus der Armut sein kann bzw. ob aus ökologischen Gründen nicht eine stärkere Regionalisierung von Märkten notwendig wäre.

Thomas Speck von der GEPA erläuterte, wie der Faire Handel zu ländlicher Entwicklung im Süden beiträgt und Kleinproduzenten dabei unterstützt, in ihre eigene Zukunft zu investieren (Stichworte: Weiterverarbeitung, Produktivitätssteigerung, Organisationsentwicklung...). Für ihn stellt regionaler und fairer internationaler Handel kein Gegensatz dar, sondern eine gute Ergänzung. Ein großes Potential des Fairen Handels sei es, die Menschen im täglichen Leben zu politisieren. Durch den Fairen Handel können sie Einfluss auf die Wirtschaft nehmen.

Andreas Lathan vom BUND betonte, dass Wirtschaft die ökologischen Grenzen respektieren müsse. Der aktuelle Ressourcenverbrauch ist nicht nachhaltig. Die Politik sollte stärker auf mehr Wohlstand als auf mehr Wachstum setzen. Wenn die Ressourcenbegrenzung sich in der Realität (z. B. durch steigende Energiepreise) widerspiegelt, käme es auch automatisch zu einer Reregionalisierung von Märkten. Dafür ist es notwendig, dass Politik die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft anders regelt.

In der anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen eine Gerechtigkeitsfrage aufwirft. Wenn die bestehende weltweite Ungleichheit ausgeglichen werden soll, ist ein Paradigmenwechsel bei der Masse der Verbraucher und in der Politik notwendig. Neben anderen Handelsregeln bedarf es einer weitergehenden (anderen!) Forschung, die der Frage nachgeht, wie Wirtschaft weltweit organisiert sein muss, damit die Erde nicht zerstört wird und gleichzeitig den Armen Entwicklungschancen eingeräumt werden.

7. Kurswechsel in der Handelspolitik: Demokratie statt Lobbymacht

- Pia Eberhardt (CEO, Belgien)
- N.N. (Mehr-Demokratie)
- Hanni Gramann (attac)

Auf 25.000 Angestellte der EU-Kommission kommen in Brüssel ca. 15.000 Lobbyisten, von denen ca. 70% im Interesse von Konzernen arbeiten. Die Zusammenarbeit von Lobbyisten mit der EU-Kommission wird von letzterer unterstützt und findet u.a. in den zahlreichen von Industrievertretern dominierten ‚Expertengruppen‘ ihren Ausdruck. Durch diesen institutionalisierten Einfluss der Wirtschaft auf die Politik werden politische Entscheidungen maßgeblich von Wirtschaftsinteressen beeinflusst. Politische Beziehungen zu Drittländern werden oft von den Handelsabsichten europäischer Konzerne geleitet: Botschaften, Handelskammern, Kommission und Industrie entwerfen politische Vorgehensweisen, um Handelshindernisse auszuräumen und machen so gemeinsam Handelspolitik.

In dieser Schieflage der Machtverhältnisse arbeiten bisher wenig NGOs zum Thema Handelspolitik der EU. Hinzu kommt, dass die Politik der EU-Kommission von der deutschen Presse größtenteils ignoriert wird und so kaum Widerstand gegen die gängigen Vorgehensweisen entsteht. Ein zivilgesellschaftlicher Diskussions- und Konsultationsprozess zur Entwicklung einer alternativen Vision für eine europäische Handels- und Investitionspolitik hat jedoch begonnen (siehe Broschüre ‚Hin zu einem alternativen Handelsmandat‘). Zentrale Forderungen sind u.a.:

- Stärkere Trennung von Staat und Konzernen
- Kein Lobbyismus hinter geschlossenen Türen– Prozesse offen legen und demokratisieren
- Demokratisierung auf einer globalen Ebene

- Handelspolitische Entscheidungen regelmäßig überprüfen und ggf. revidieren
- Die Entscheidungsmacht des Europaparlaments limitieren und politische Prozesse auf lokale Ebenen zurück führen
- Investigativen Journalismus zur europäischen Handelspolitik stärken, um ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen
- Diese Anliegen müssen sowohl an BürgerInnen als auch an die deutsche Politik herangetragen werden, um eine Veränderung in Brüssel voranzutreiben

Hinweise:

- Buch 'Bursting the Brussels Bubble': <http://www.alter-eu.org/book/bursting-the-brussels-bubble>
- Broschüre 'Hin zu einem alternative Handelsmandat für die EU: Eine Einladung zur Beteiligung': http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dokumente/ATM_A4_DE.pdf
- Bitte um Abstimmung beim 'Worst EU Lobbying Award': <http://www.worstlobby.eu/de>
- Online-Zeitung zur Brüssler Politik: <http://euobserver.com>
- Corporate Europe Observatory: <http://www.corporateeurope.org/>

8. Das EU-Kolumbien-Abkommen: Der Freihandel frisst seine Kinder

- Alirio Uribe (Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, Kolumbien)
- Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU)
- Nicola Jaeger (WEED)

Nicole Jaeger, zuständig für Internationale Handels- und Investitionspolitik bei WEED

Im Frühjahr dieses Jahres wurden die Verhandlungen zu dem EU-Kolumbien Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die Verhandlungen fanden im Rahmen der Global Europe Strategie statt, in der die EU auf Bilaterale Verträge mit Schwellenländern setzt. Nachdem die Verhandlungen mit der Andengemeinschaft (CAN) scheiterte, schließt die EU jetzt bilaterale Verträge mit Peru und Kolumbien ab.

Die Ziele des Abkommens (Art. 5) sind: Die Handelserleichterung für Waren, die erweiterte Liberalisierung von Dienstleistungen, die Liberalisierung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs für Direktinvestitionen sowie die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens und der Schutz geistigen Eigentums.

Kritisiert wird vor allem, dass das Abkommen weder menschenrechtlichen noch ökologischen Kriterien genügt. Alle eindringlichen Warnungen von Gewerkschaften und NGOs werden in den Wind geschlagen. Offensichtlich gehen der Export von Autos und Milchprodukten und der Import von Kohle und Agrotreibstoffen vor.

Alirio Uribe Muñoz, Direktor des Anwaltskollektivs für Menschenrechte in Kolumbien

Alirio Uribe beklagt, dass das ökonomische Modell in Kolumbien auf Gewalt setzt. Das Entwicklungsmodell Kolumbiens ist an ein Gewaltmodell gekoppelt. Dieses Jahr wurden schon 40 Gewerkschafter ermordet, 4,6 Millionen vor allem Kleinbauern wurden von ihrem Land vertrieben. Die gesamte Zivilbevölkerung leidet unter Repression und Gewalt der Paramilitärs. Bedenken von Gewerkschaften und Menschenrechtlern in Kolumbien zu investieren werden außer Acht gelassen, stattdessen gibt es Steuererlassungen für multinationale Konzerne, um das hohe Risiko zu decken. Laut Alvaro Uribe verbessern die wagen Menschenrechtsklauseln in den Verträgen nicht die Situation in Kolumbien, denn Menschenrechtsverletzungen werden zwar dokumentiert, es kommt aber nicht zur Anklage. Auch Europäische Unternehmen profitieren davon und missachten weiterhin die Menschenrechte in Kolumbien.

Frank Schmidt-Hullmann, Leiter der Abteilung Internationales und Europäische Baupolitik, IG BAU

Die Situation in Kolumbien hat sich auch nach der Amtszeit von Präsident Uribe nicht verbessert. Noch immer werden Gewerkschafter, die versuchen etwas zu tun, verfolgt. Menschen, die sich für die kleinste Verbesserung in ihren Betrieben einsetzen, stehen auf Todeslisten. Durch Gewalt,

Vergewaltigungen und Bedrohungen der gesamten Familien werden die Menschen mundtot gemacht.

Frank Schmidt-Hullmann stellt auch die Auswirkungen auf europäische ArbeitnehmerInnen dar und den Druck auf die europäischen Sozialstandards. Sehr kritisch sieht er den Entwurf der europäischen Kommission für eine Richtlinie zur konzerninternen Entsendung von Drittstaatsangehörigen. Diese ausländischen ArbeitnehmerInnen gelten dann nicht als individuelle Migranten, sondern haben nur so lange eine Aufenthaltserlaubnis, wie das Arbeitsverhältnis gilt. Dadurch kann man einen massiven Druck auf diese ArbeitnehmerInnen ausüben. Eine Daueraufenthaltserlaubnis ist ausgeschlossen. Auch werden die ArbeitnehmerInnen nicht in den Betriebsteil des Konzerns eingegliedert, wodurch Arbeitnehmerrechte nicht ausreichend abgesichert und die Gewerkschaften geschwächt werden.

Weitere Informationen:

Menschenrechte in Kolumbien - Mail-Aktion:

<http://www.igbau.de/db/v2/inhalt.pl?e1=10&e2=94&did=11374&mode=detail&edit=0&persid=1289162773.93029>

http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU_Trade/Die_zweite_Eroberung_DE.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0378:FIN:DE:PDF>

9. Landgrabbing auf dem Vormarsch. Ausmaß und Auswirkungen einer denkwürdigen Entwicklung

- Evelyn Bahn (Inkota)
- Schwester Ingrid Geisler (Netzwerk Afrika Deutschland)
- Benjamin Luig (FIAN)

Evelyn Bahn von Inkota stellt in ihrem Einführungsreferat den Prozess des Land Grabblings vor. Der englische Begriff „Land Grabbing“ lässt sich wörtlich mit „Land Grabschen“ oder „Land Krallen“ übersetzen. Dabei geht es um die großflächige Landnahme in Entwicklungsländern durch staatliche Akteure und private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern. Die großen Landflächen dienen der Herstellung von Agrarprodukten oder Rohstoffen, dem Tourismus und Nationalparks sowie für so genannte Freihandelszonen. Landgrabbing ist ein globaler Prozess, aber findet hauptsächlich im südlichen Afrika statt (48%), in Ländern mit einem schwachen Rechtssystem, Korruption, keine eindeutigen Landrechte, hohe Nahrungsmittelimporte (z.B. Sudan oder Äthiopien). Laut der Weltbank sind 40 Mio. HA Land in über 60 Ländern betroffen (Länder in Afrika, Asien, Südostasien, Osteuropa). Grob lassen sich drei Ursachen und drei Gruppen von Investoren unterscheiden:

- | | | |
|----|------------------------------|---|
| 1. | Energiekrise | →Konzern aus der Öl- und Energiebranche |
| 2. | Nahrungsmittelkrise | →Golfstaaten, China, Japan |
| 3. | Finanz- und Wirtschaftskrise | →Investmentfonds |

Die meist bilateralen und einseitigen Investitionsverträge sind höchst problematisch. Es besteht keine Transparenz, da diese einer Schweigepflicht unterliegen und keine Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung.

Aufgrund angeblich ungenutzter Landflächen entsteht der Mythos vom leeren Land. Die großflächigen Investitionen verschärfen Landkonflikte und verdrängen bzw. vertreiben Kleinbauern, Fischer oder Nomaden. Insbesondere Frauen und Indigene haben unter den Umsiedlungen zu Leiden. Eine Bedrohung der Ernährungssicherheit ganzer Länder ist die Folge.

Am Beispiel von Äthiopien erläutert Evelyn Bahn, wie vor allem deutsche Investoren vorgehen. So wurden u.a. Pachtverträge über 100 Jahre abgeschlossen. Die ACASIS AG hat in dem Land 56.000 ha Land (Konzessionen für weitere 200.000 ha) für 50 Jahre gepachtet für den Anbau von Jatropha.

Im Anschluss erläuterte Benjamin Luig von FIAN die Rechtslage von Land. Auch er unterscheidet zwischen drei Investorengruppen:

- 1) Agroindustrie (listed und nonlisted, immer mehr südliche Firmen, v. a. Südostasien)
- 2) Private Equity Fonds (an Börsen vorbei)
- 3) Special Mutual Fonds

Bei den Landnahmen kommen drei Rechtsebenen zum Tragen, die nationalen Landespolitiken, die internationalen Investitionsregime und bilaterale Verträge zwischen den Investoren und den Ländern.

Folgend stellt Benjamin Luig in einer Gegenüberstellung politische Maßnahmen vor, die Gegenüberstellung von sieben Prinzipien der Weltbank und den voluntary guidelines (Leitlinien zu Land und nationalen Ressourcen) der FAO (Welternährungsorganisation)

In der abschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde deutlich, dass mehr Transparenz gegenüber konkreten Landnahmen notwendig ist verbunden mit einer verstärkten Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit hier, aber auch in den Ländern vor Ort. Lokale Initiativen müssen verstärkt unterstützt werden.

Broschüre zu Investmentfonds und Landnahme:

http://www.fian.de/online/index.php?option=com_content&view=article&id=326:investoren-heizen-landnahme-und-hunger-an-fian-betont-mitverantwortung-deutscher-finanzdienstleister-wieder-deutschen-bank&catid=56:pressemittelungen&Itemid=59

10. Ran an den Stoff – Rohstoffe im Visier der EU-Handelspolitik

- Mark Curtis (Curtis Research Group, UK)
- Jens Karg (Global 2000)
- Michael Reckordt (Philippinenbüro)
- Meena Raman (TWN)

Mark Curtis stellte in seinem Vortrag die Rohstoffinitiative der Europäischen Union von November 2008 vor. Innerhalb dieser Strategie wurden Rohstoffe identifiziert, die für die Wettbewerbsfähigkeit der EU von besonderer Bedeutung sind. Als Hauptdiskussionpunkte stellte Marc Curtis Investitionsvorhaben und Exportsteuern vor, die er an dem Beispiel der weiterverarbeitenden Lederindustrie in Kenia verdeutlichte. – Jens Karg von Global 2000 unterstützte die Kritik von Mark Curtis in einem Statement. Die aktuelle EU-Politik nutzt lediglich europäischen Konzernen und erlaubt keinen Schutz lokaler Wertschöpfungsketten. Langfristige Lösungsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Verbesserung der Energieeffizienz sind nötig. Michael Reckordt schilderte anschließend die Situation auf den Philippinen. Durch mangelnde staatliche Kontrollmöglichkeiten kommt es in der Bergbauindustrie zu Menschenrechtsverletzungen und schwerwiegenden ökologischen Problemen.

Auch Meena Raman plädierte in ihrem Redebeitrag für ein Umdenken in der EU-Rohstoffstrategie. Sie erläuterte in ihrem Beitrag, dass intensiver Rohstoffabbau häufig in den Lebensräumen indigener Völker oder Gebieten mit besonders großer Biodiversität stattfindet und deshalb gravierende ökologische und soziale Folgen haben kann. Die EU-Rohstoffstrategie setze grundsätzlich am falschen Ende an und befriedige lediglich die Interessen der Industrieländer.

Die neue Studie von Mark Curtis zur EU-Rohstoff- und Handelspolitik ist in Kürze bei Oxfam Deutschland sowie WEED erhältlich.
